

# Danziger Zeitung.



№ 9931.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbagergasse, No. 4 und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

**Telegramme der Danziger Zeitung.**  
 Berlin, 8. September. Die Panzerschiffe „Kaiser“ und „Deutschland“ sind am 7. September von Gibraltar nach Plymouth, „Friedrich Carl“ und „Kronprinz“ am selben Tage von Salonichi nach Smyrna abgegangen.  
 Wien, 8. September. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, soll in dem türkischen Ministerium die Partei, welche Serbien und Montenegro die härtesten Bedingungen auferlegen will, die Oberhand gewonnen haben.

**Die Reaction in der wirtschaftlichen Gesetzgebung.**  
 # Berlin, 7. Sept.  
 Während die letzten Wahlen vornehmlich durch kirchliche Fragen beherrscht wurden, stehen gegenwärtig die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Ob eine Reichstagsmehrheit sich findet, geneigt, die neuere Reichsgesetzgebung auf wirtschaftlichem Gebiet wieder rückgängig zu machen, Grundrechte wirtschaftlicher Freiheit, die wir verfallen verstanden, und welche uns für so manche fehlenden politischen Rechte entschädigen müssen, einzuschränken oder aufzuheben, das ist der Preis der bevorstehenden Wahlen. Wenn man erwägt, daß die clericalen Partei in diesen Fragen schon in Folge ihres allgemeinen Widerspruchs gegen die neuere Gesetzgebung mit den Conservativen bereits Hand in Hand geht, wie nicht greifbare Interessen ultramontaner Wählerlassen dies verbieten, so erscheint die Gefahr dieser Reaction nicht gering. Die liberale Mehrheit im Reichstag war überhaupt nicht groß und aus dieser Mehrheit bröckelte bei der einzelnen Frage oft eine kleinere oder größere Gruppe noch aus besondern Gründen ab. Die Gefahr der wirtschaftlichen Reaction liegt in der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation begründet. Unter Nachwirkung des „Krahs“ in Folge der Ueberspeculation haben große Kreise im Volke Ursache, mit sich selbst und mit den äußeren Verhältnissen unzufrieden zu sein. Diese Unzufriedenheit mit raffinierter Demagogie gegen die neuere Gesetzgebung auszubringen, gilt heute als conservativ Staatskunst. Bei Epidemien finden die Quackfalter allerdings stets besonderen Zulauf. Dieselben Juden, welche im Mittelalter die Brunnen vergiftet haben mußten, sind nach conservativer Darlegung heute die Urheber einer den wirtschaftlichen Ruin herbeiführenden Gesetzgebung. Mit der Vornehmheit der conservativen Partei vertritt er sich sogar, die Personen, welche hierbei die Rolle des hegenden Böbels im Mittelalter übernahmen, in den Parteivorstand aufzunehmen. Conservatives und freiconservatives Wahlprogramm unterscheiden sich nur darin, daß Letzteres die „Reformbedürftigkeit“ der neueren wirtschaftlichen Gesetzgebung vorläufig noch um einige Grade verschämter ankündigt. Interessentengruppen, welche ihre besondern Vortheile aus der Reaction zu ziehen trachten, sind die Bundesgenossen der conservativen Parteien.

Das ganze Treiben würde nicht entfernt seine heutige Bedeutung haben gewinnen können, wäre die Haltung der Reichsregierung eine andere. Die Regierung zeigt nach dieser Richtung überhaupt keine Haltung. Der Reichskanzler tritt nicht für die Gesetzgebung ein, welche er mitgeschaffen hat. Im Gegentheil, sein vornehmster Gehilfe bei dieser

Gesetzgebung, Minister Delbrück, ist entlassen. Alles deutet darauf hin, daß dem Reichskanzler ein bischen Reaction ganz genehm ist. Je mehr die liberale Partei, gleichviel aus welchen Gründen, in den Wahlen geschwächt wird, um so aboluter kommt dann der jeweilige Wille des Kanzlers auch in der Gesetzgebung zur Geltung. Der Reichskanzler selbst hat in der Strafnovelle das Beispiel gegeben, sociale Mißstände systematisch auf einzelne Paragraphen der neuere Reichsgesetzgebung zurückzuführen. Er hat auch vor dem Reichstage das Dogma von der Vermehrung der indirecten Steuern gepredigt, jenes die Ueberlastung der unteren Volksklassen mit sich führende System, welches in Preußen schon 1817 Minister Bülow mit den Junkern im Staatsrath vergeblich gegen Wilhelm v. Humboldt und die liberalen Staatsmänner damaliger Zeit zur Herrschaft zu bringen suchte. Natürlich haben sich Conservative und Freiconservative beeilt, die Vermehrung der indirecten Steuern auf ihre Fahne zu schreiben. Eine wenig Geld aber desto mehr Schifanen für jeglichen Verkehr mit sich führende Börsensteuer wird geradezu als Ausgleich der Gerechtigkeit in der Besteuerung gepriesen. Nach jeder Richtung greift man die neuere Gesetzgebung an, sucht, wie es Herr Bamberger einmal im Reichstage bezeichnete, an den neu erworbenen Rechten zu schaben und zu kratzen. Wenn das literarische Bureau im Staatsministerium gerade keinen Stoff gegen die Fortschrittspartei hat, kratzt es aus Langerweile ein wenig an der Theaterfreiheit herum. Weil in der Zeit, wo auch für die einfachste Arbeit die höchsten Löhne gezahlt werden, eine Anzahl Lehrlinge, versüßt durch den sich ihnen anderwärts bietenden hohen Lohn, aus der Lehre gelaufen ist, soll nun das ganze Lehrlingswesen mit einem Netz von Polizeicontrollen und Zwangsvorschriften umgeben werden. Und doch bedürfen in gewöhnlichen Zeiten weit mehr die Lehrlinge als die Meister gegen rechtswidrige Ausbeutung. Während die Arbeiterverhältnisse, die z. B. vielfach zum Contractbruch führten, sich bereits vollständig umgekehrt haben, wird verlangt, ausnahmsweise beim Arbeitsvertrag den Contractbruch criminel zu bestrafen. Selbstverständlich ist das Actiengesetz grundverfehlt. Als ob nicht in jeder andern Form in der Actiencommanditgesellschaft, der concessionirten Actiengesellschaft, in der gewöhnlichen Theilhaberschaft oder in den Einzelunternehmen im In- und Ausland geschwindelt worden wäre. Die wenigen Paragraphen, welche man im Actiengesetz etwas anders gestalten könnte, treffen nicht entfernt die Sache, können dem Actienunternehmen nicht die Natur des nach allen Richtungen gewagten Geschäftes nicht nehmen. Auch das Schutzollsystem, das man nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für Deutschland als völlig abgethan hätte crachten sollen, lebt in dieser reactionären Strömung wieder auf. Die colossale Entwickelung, welche die deutsche Industrie ganz besonders auch in den Zweigen, für welche der Schutzoll aufgehoben oder ermäßigt wurde, seit der 1855 eröffneten Ära der neueren Handelsverträge gewonnen hat, wird fröhlich geleugnet. Man spricht von der ungünstigen Handelsbilanz. So unnothig sind die Wortführer dieser Richtung, daß ihnen nicht bekannt ist, wie bei allen Staaten mit zunehmendem Wohlstand aus den natürlichen Gründen die Statistik nie den Werth der der Aus-

fuhr übersteigenden Einfuhr nachweisen muß und nachweist. Als populär sucht man eine handelspolitisch hinzustellen, welche den begünstigten Industriezweigen auf die Dauer nichts nutzt, dagegen durch künstliche Vertheuerung der Lebensmittel der Allgemeinheit schadet. Anerkant muß werden, daß in diesen Tagen sowohl der Schlesische Gewerbeverein als der Congreß deutscher Ingenieure es abgelehnt haben, für die schützöllnerischen Vereine einzutreten. Dagegen verlautet anscheinend officiös, daß die Regierung der Verlängerung der Eisenzölle neuerlich sich geneigt erwiesen habe. Es wäre dies ein neuer Beweis für den geringen Grad von Haltung bei der Regierung. Niemals ist die Eiseneinfuhr in Deutschland unbedeutender gewesen als gerade jetzt, zu keiner Zeit haben die Zollverhältnisse zu den allerdings überaus ungünstigen allgemeinen Verhältnissen der Eisenindustrie in entfernterer Beziehung gestanden. Die Eisenindustrie frant an der Ueberszahl ihrer Unternehmungen, um unter der Unfähigkeit der übrigen wirtschaftlichen Kreise zur Zeit Capitalanfammungen, wie sie der Eisenverbrauch voraussetzt, zu machen. Keine Zollmaafregel, sondern nur die allgemeine wirtschaftliche Gesundung wird darin allmählig eine Aenderung hervorbringen. Eine Prolongation der Eisenzölle bestärkt die Unternehmer in Klagen und Agitationen, wodurch sie nur den Credit der eigenen Industrie schädigen, sowie Zeit und Mühe vergeuden, die besser der selbstständigen Hebung des eigenen Unternehmens zugewandt würde. Eine Prolongation der Eisenzölle würde zugleich in allen andern nach Schutz verlangenden Industriezweigen erneute und starke Agitationen wachrufen, welche überhaupt als Merkzeichen durchdringender Reaction angehen werden. Die Landwirtschaft hätte in der That gerechte Ursache zu klagen, wenn nicht einmal das im Interesse der Eisenindustrie zu ihrem Schanden 1873 eingegangene Compromiß gehalten würde. Wären die Agrarier eine wirkliche Interessenvertretung und nicht bloß die Verhüllung der allgemeinen politischen Reaction, so hätten sie in dem Widerstand gegen Prolongation der Eisenzölle ein gerechtes Ziel der Agitation. Daß Minister Hofmann nicht abgeneigt ist, die Eisenzölle zu prolongiren, glauben wir gern. Wie steht es aber mit Herrn Camphausen?

**Deutschland.**

A Berlin, 7. Sept. Die Angelegenheiten der Gotthard-Eisenbahn, welche in bedenklicher Weise in das Schwanken gekommen, werden demnächst auch den Bundesrath und den Reichstag beschäftigen. Die Frage einer weiteren Subvention des Unternehmens wird an die Reichsregierung herantreten; doch scheint es nicht, daß überall in den entscheidenden Kreisen eine volle Geneigtheit dafür vorhanden ist. Es haben sich schon früher manche Stimmen im Bundesrath gegen ein zu weit gehendes Engagement Deutschlands bei dem Unternehmen ausgesprochen und es scheint fast, daß dieser Widerspruch, unterstützt durch die augenblickliche Situation, wieder aufgenommen werden möchte. Wie weit man von dem früheren Interesse an dem Unternehmen hier zurückgekommen ist, konnte schon daraus erhellen, daß man zu den internationalen Conferenzen in der letzten Zeit keinen deutschen Bevollmächtigten entsandte, sondern der schweizer

ganz besonders im preuß. Cultusministerium, beim Lette-Bereim und den hervorragenden Berliner Kreisen volle Unterstützung und Würdigung des Zwecks der Stiftung. Die Bildung des Curatoriums in dieser Stadt, als dem Mittelpunkt der Stiftung, wurde sogleich bei dieser Gelegenheit in Aussicht genommen. Die zu diesem Zwecke berufene Versammlung, zu der die hervorragendsten Notabilitäten Berlins geladen waren, fand am 12. November 1874 in der hierzu zur Verfügung gestellten Wohnung der Frau Minister Dr. Falk statt. Den Vorsitz führte Prof. Gneiff. Alle Versammelten nahmen den die Stiftung behandelnden Vortrag Schornstein's mit Interesse entgegen und beschloffen, eine Commission zur entsprechenden Bearbeitung des Statutentwurfs zu ernennen, darauf eine größere Versammlung zu berufen und in dieser das Statut festzustellen und ein Curatorium zu wählen. Gleich am folgenden Tage trat die Commission unter Vorsitz des Ministerial-Director Greiff und unter Hinzuziehung von Edelenz und Schornstein zusammen und beriet und fixirte das Statut, um es dann nach dem Gutachten eines im Besitzungsverweser fundigen Sachmannes zu unterziehen. Der Director der Versicherungsgesellschaft „Nordstern“, Dr. Zillme, wurde hierzu auserschen und hat durch Berechnung der Skalen seine Aufgabe insofern glänzend gelöst, als er die Stiftung als von jeder Zeitströmung und sogenannten Conjuncturen vollständig unabhängig hingestellt hat. Inzwischen hatte die Kaiserliche allgemeine Versammlung vom 29. September nach dem Referate des Director Edelenz sich in der Weise ausgesprochen, daß die Stiftung weiter gefördert und constituirte werden möge, und daß sie mit Dank die Bemühungen Derer anerkenne, die für sie gewirkt. Eine größere constituirende Versammlung zur Feststellung des Statuts und Wahl des Curatoriums verzögerte sich durch die nothwendig schwierigen Berechnungen der Alters- und Beiträgestalten. Sie fand am 1. Juni v. J. in Berlin statt und wurde von Ministerialdirector Greiff und Prof. Gneiff geleitet. Alle Anwesenden in

Regierung die Vertretung der deutschen Interessen überließ. Jetzt wird man sich indessen doch dazu entschließen müssen, einen eigenen Bevollmächtigten zu entsenden, zumal da es in der ausgeprochenen Absicht liegt, dem Reichstage eine Denkschrift über den Stand der Gotthardbahnfrage vorzulegen.  
 \* Der von uns bereits angekündigte Rechenschaftsbericht über die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre\*) und speciell den Antheil der national-liberalen Partei an derselben ist nunmehr erschienen. In 15 Abschnitten werden alle bedeutenderen Aufgaben, welche den Reichstag und den preußischen Landtag in dem genannten Zeitraum beschäftigt haben, und die Weise, wie sie erledigt worden, mit streng sachlicher Gründlichkeit und Unparteilichkeit beleuchtet. Ueberall ist der Verfasser von der Absicht ausgegangen, die „Thatfachen unbefangen darzustellen und die Vertheiligung der eigenen Partei lediglich dadurch zu führen, daß man das, was geleistet ist, sprechen läßt.“ In der Schlussbetrachtung kommt er dann zu folgenden Conclusionen: „Die nationalliberale Partei bedarf eines neuen Programms. Ihr Programm ist die Fortentwicklung dessen, was seit sechs Jahren im Reich wie in Preußen begonnen ist. Fast jeder Abschnitt unerser Berichts hat mit der Darstellung des Geschehenen zugleich die zukünftigen Ziele hingestellt. Wie das, was zur Einheit und Stärkung des Reichs, zur Beseitigung der Reste des Feudalismus in Preußen, zur Pflege der allgemeinen Volksbildung, zum Schutz der Gewerbe, zur Förderung des Arbeiterstandes u. s. w. gehen ist, nicht aus Willkür geschah, sondern für nationalgefimte, praktisch verständige und der bürgerlichen Freiheit ergebene Politiker sich aus der Lage der Dinge ergab, so sind auch die Aufgaben der Zukunft nicht willkürliche, sondern nur der Fortbau dessen, was bisher schon feste Umrisse gewonnen hat. Wir müssen am Reich weiter arbeiten auf dem Wege der Rechtseinheit, auf dem Wege der Durchführung der Verfassungsvorschriften für unser Verkehrs-wesen, auf dem Wege der Steuerreform zur Ausbildung eines selbstständigen Reichsfinanzsystems, zur Erleichterung drückender und zur Ausgleichung ungleichmäßiger Steuern, wie des Immobiliensteuers und der Gewerbesteuer; endlich auf dem Wege der Fortbildung nicht bloß der Gesetze, sondern auch der Organe unserer Reichsverwaltung. Wir müssen ebenso in Preußen fortführen, was wir an die Stelle des alten Feudalismus oder der alten Bureaucratie zu setzen begonnen haben. Die Grundzüge der Selbstverwaltung müssen auf die ganze Monarchie ausgedehnt und in einer freisinnigen, den ländlichen Mittelstand vor dem Uebergehen des Outsbetirks schützenden Gemeindeordnung vollendet werden. Wir müssen die in der vorigen Session gescheiterte Reform der Städteordnung wieder aufnehmen, unser der Besserung sehr bedürftiges Communalsteuersystem neu reguliren, den öffentlichen Unterricht auf gesetzliche Grundlagen stellen, damit das bloße Verwaltungsbetriebe in der Bemessung der Unterhaltungspflicht ein Ende nimmt, die Pflichten der

\* „Die Gesetzgebung der letzten sechs Jahre im Reich und in Preußen, dargestellt von einem Mitglied des Centralcomités der nationalliberalen Partei.“ — Berlin. Verlag von G. Reimer. 1876.

\*) Vortrag des Hrn. Director Dr. Waldow, gehalten am 6. Sept. in der Aula des Gymnasiums.





